

NOMOSSTUDIUM

Deckenbrock | Höpfner

Bürgerliches Vermögensrecht

Grundlagen des Wirtschaftsprivatrechts
mit Fällen und Lösungen

4. Auflage



Nomos

NOMOSSTUDIUM

AkadR Dr. Christian Deckenbrock
Universität zu Köln

Prof. Dr. Clemens Höpfner
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Bürgerliches Vermögensrecht

**Grundlagen des Wirtschaftsprivatrechts
mit Fällen und Lösungen**

4. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5770-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-9944-0 (ePDF)

4. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Aus welchem Grund sollten sich Nichtjuristen mit der Juristerei und insbesondere mit dem „Bürgerlichen Vermögensrecht“ beschäftigen? In der Praxis beauftragen Unternehmen schließlich in der Regel Rechtsanwälte oder ggf. die eigene Rechtsabteilung, sobald Sachverhalte rechtliche Schwierigkeiten aufwerfen könnten. Und das zu Recht: Aufgrund der Regelungswut des deutschen Gesetzgebers, die von Brüssel und Straßburg zum Teil noch übertroffen wird (Stichwort: Bürokratie), aber auch infolge der Regelungsunfähigkeit der Gesetzgebung in gesellschaftspolitisch umstrittenen Rechtsgebieten wie dem Arbeitskampfrecht (hierzu gibt es bis heute keine gesetzliche Regelung), ist es selbst unter den Juristen oftmals nur dem Spezialisten möglich, die geltende Rechtslage zutreffend und vollständig zu erfassen – da ist es kein Wunder, dass der juristische Laie meist heillos überfordert ist.

Ziel eines Lehrbuchs „Bürgerliches Vermögensrecht“ für Studierende aller Fachrichtungen kann es nicht sein, dem Leser detaillierte Kenntnisse der Rechtslage in sämtlichen wirtschaftsrelevanten Gebieten zu verschaffen. Dies würde zum einen den Rahmen jedes Lehrbuchs sprengen, das den Anspruch verfolgt, während eines Studiums, in dem die juristischen Vorlesungen nur einen kleinen, in der Regel isolierten und vielleicht eher nebensächlichen Ausschnitt darstellen, auch tatsächlich durchgearbeitet zu werden. Zum anderen wäre dieses Wissen aufgrund der Schnelllebigkeit von Gesetzgebung und Rechtsprechung bald wertlos. Ziel des Lehrbuchs ist es auch nicht, dass die Benutzer anschließend schwierige Rechtsfälle mit der juristischen Arbeitstechnik selbstständig lösen können – denn damit wird später im Zweifel ohnehin ein ausgebildeter Jurist beauftragt. Ziel dieses Lehrbuchs ist es vielmehr, den späteren Unternehmer und Mandanten mit der Denk- und Argumentationsweise eines Juristen vertraut zu machen und auf diese Weise ein zielführendes Gespräch in allen rechtlichen Angelegenheiten zu ermöglichen. Als Anschauungsmaterial dienen die Grundlagen des Bürgerlichen Vermögensrechts, also derjenigen Regelungen, die sich mit Geld- und geldwerten Ansprüchen zwischen Privatpersonen beschäftigen. Ein positiver Nebeneffekt ist, dass die Studierenden im Idealfall einfache Rechtsfragen des Alltags selbst beurteilen können. Vor allem aber sollen sie ein Gespür dafür entwickeln, in welchen Situationen es geboten ist, den Rat eines Experten einzuholen.

Das Lehrbuch geht aus einer Neukonzeption der Lehrveranstaltung „Bürgerliches Vermögensrecht“ für Studierende der Wirtschaftswissenschaften an der Universität zu Köln hervor, die in enger Kooperation mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät entstanden ist. Es will den Lehrstoff möglichst lebensnah in zusammenhängenden Sachverhaltskomplexen darstellen und verzichtet weitgehend auf das klassische juristische „Schubladendenken“, den streng juristisch-dogmatischen Aufbau des zu vermittelnden Stoffes und den Anspruch auf Vollständigkeit. Die Schwerpunkte unserer Veranstaltungen spiegeln sich in diesem Buch wider. Vertiefende Fragen, die nicht im Zentrum der Lernziele stehen, werden im Kleindruck angesprochen.

Das Ergebnis ist ein „Gesamtpaket“ für Studierende aller Fachrichtungen. Grundlegende Urteile vor allem des Bundesgerichtshofs werden auszugsweise im Original dargestellt. Der Leser kann sich dadurch einen Eindruck von der juristischen Argumentation und den Eigenheiten der juristischen Fachsprache machen. Im Übrigen wird vor allem Wert auf eine einfache und auch dem Laien möglichst verständliche Sprache gelegt. An zahlreichen Stellen finden sich vertiefende Hinweise und Beispiele, die durch

Vorwort

Kontrollfragen am Schluss jedes Kapitels abgerundet werden. Die Lösungen dazu finden sich am Ende des Buchs. Dadurch ist ein Rückgriff auf juristische Datenbanken, vertiefende Literatur und Fallbücher aus unserer Sicht entbehrlich.

Für die 4. Auflage wurde das Buch auf den Stand von Januar 2020 gebracht; eingearbeitet wurde vor allem ausgewählte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nach Erscheinen der Drittauflage. Ein besonderes Augenmerk haben wir bei der Überarbeitung auf die Abschnitte zum Verbraucherwiderrufsrecht und zum Kaufrecht gelegt. Außerdem wurden die Beispielfälle und Kontrollfragen weiter ausgebaut. Für Rückmeldungen aus dem Leserkreis sind wir weiterhin dankbar.

Köln/Münster, im Januar 2020

Dr. Christian Deckenbrock
Prof. Dr. Clemens Höpfner

E-Mail: wiso-privatrecht@uni-koeln.de

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis 17

1. KAPITEL: GRUNDLAGEN

§ 1 Was ist Recht und welche Funktionen hat es?	19
I. Was ist Recht und warum gilt es?	19
II. Objektives Recht und subjektive Rechte	20
III. Die Funktionen des Rechts	20
§ 2 Das Privatrecht und seine Rechtsgrundlagen	22
I. Die Stellung des Privatrechts im Rechtssystem	22
II. Rechtsquellen des Privatrechts	22
§ 3 Grundlagen der Rechtsdurchsetzung	25
I. Aufbau und Instanzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit	26
II. Ablauf des Gerichtsverfahrens	27
III. Die Vollstreckung gerichtlicher Urteile	28
§ 4 Grundbegriffe und Prinzipien des Privatrechts	30
I. Der Grundsatz der Privatautonomie	30
1. Abschlussfreiheit	30
2. Inhaltsfreiheit	30
II. Trennungs- und Abstraktionsprinzip	31
III. Eigentum und Besitz	32
§ 5 Das juristische Anspruchsdenken	34
§ 6 Das Denken in Fällen	36
I. Anspruchsgrundlage und Subsumtion	36
II. Das Gutachten	38
§ 7 Der Umgang mit dem Gesetzestext	40
I. Die Auslegung von Gesetzen	40
II. Die Rechtsfortbildung	42
III. Richtlinienkonforme Auslegung und Rechtsfortbildung	44
Kontrollfragen und Fälle zum 1. Kapitel	46

2. KAPITEL: DER ABSCHLUSS VON VERTRÄGEN

§ 8 Einführung: Vertrag, Willenserklärung und Rechtsgeschäft	47
§ 9 Die Willenseinigung der Vertragsparteien	49
I. Die Elemente einer Willenserklärung	49
1. Äußerer Tatbestand: „Erklärung“	49
2. Innerer Tatbestand: „Wille“	50

Inhalt

3. Nicht rechtsgeschäftliche Handlungen	53
a) Rechtsgeschäftsähnliche Handlungen	53
b) Realakte	53
c) Gefälligkeithandlungen	54
II. Das Angebot	54
1. Abgrenzung zur invitatio ad offerendum	54
2. Bindungswirkung des Angebots	56
III. Die Annahme	57
IV. Einigung über vertragswesentliche Bestandteile	59
V. Einigung über vertragliche Nebenpunkte	60
VI. Vertragsschluss unter Bedingung oder Befristung	61
§ 10 Die Auslegung von Verträgen und Willenserklärungen	63
I. Wille und objektiver Empfängerhorizont	63
II. Ergänzende Vertragsauslegung	65
§ 11 Das Wirksamwerden von Willenserklärungen	67
I. Abgabe der Willenserklärung	67
II. Zugang der Willenserklärung	68
1. Zugang gegenüber Abwesenden	68
2. Zugang gegenüber Anwesenden	74
3. Zugangshindernisse und Zugangsvereitelung	74
III. Widerruf der Willenserklärung	76
IV. Entbehrlichkeit des Zugangs der Annahmeerklärung	76
§ 12 Der Vertragsschluss im Internet	79
I. Online-Versandhandel	79
1. Willenserklärungen	79
2. Angebot und Annahme	80
II. Onlineauktionen	81
1. Vertragsschluss	81
2. Vorzeitiger Abbruch der Auktion	82
3. Eigengebote von anderen Mitgliedskonten	83
4. Abbruchjäger	84
§ 13 Formbedürftige Rechtsgeschäfte	86
I. Grundsatz der Formfreiheit	86
II. Arten der Form	87
1. Textform	87
2. Schriftform und elektronische Form	87
3. Öffentliche Beglaubigung	88
4. Notarielle Beurkundung	88
III. Rechtsfolgen bei Nichteinhaltung der Form	88
1. Gesetzliche Formerfordernisse	88
2. Vereinbarte Formerfordernisse	89
§ 14 Die Geschäftsfähigkeit	91
I. Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit	91
II. Stufen der Geschäftsfähigkeit	91

Inhalt

III. Die Geschäftsunfähigkeit	92
IV. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	93
1. Lediglich rechtlich vorteilhafte Willenserklärungen	93
2. Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	93
3. Schwebende Unwirksamkeit und Genehmigung	95
4. Endgültige Unwirksamkeit	96
V. Partielle Geschäftsfähigkeit	96
§ 15 Bewusste Willensmängel	98
I. Scheingeschäft	98
II. Geheimer Vorbehalt	98
III. Scherzerklärung	99
§ 16 Unzulässige Rechtsgeschäfte	100
I. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	100
II. Verstoß gegen die guten Sitten	101
§ 17 Die Stellvertretung	105
I. Voraussetzungen der Stellvertretung	105
1. Abgabe einer eigenen Willenserklärung	105
2. Offenkundigkeitsprinzip	106
3. Vertretungsmacht	107
a) Gesetzliche Vertretungsmacht	108
b) Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht	108
aa) Vollmacht	108
bb) Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins	109
4. Zulässigkeit der Stellvertretung	112
II. Rechtsfolgen	112
1. Wirksame Vertretung	112
2. Fehlende Vertretungsmacht	112
Kontrollfragen und Fälle zum 2. Kapitel	114
3. KAPITEL: DIE BEENDIGUNG VON VERTRÄGEN	
<hr/>	
§ 18 Die Erfüllung einer Forderung	119
§ 19 Die Aufrechnung	122
I. Aufrechnungslage	122
II. Kein Aufrechnungsverbot	122
III. Aufrechnungserklärung	123
IV. Rechtsfolgen der Aufrechnung	123
§ 20 Die Anfechtung	124
I. Anfechtungsgründe	124
1. Inhaltsirrtum	125
2. Erklärungsirrtum	126
3. Eigenschaftsirrtum	126

Inhalt

4. Sonderfall: Kalkulationsirrtum	128
a) Verdeckter Kalkulationsirrtum	128
b) Offener Kalkulationsirrtum	129
5. Arglistige Täuschung	130
6. Widerrechtliche Drohung	132
II. Anfechtungserklärung	133
III. Anfechtungsfrist	133
IV. Anfechtungsgegner	134
V. Rechtsfolgen der Anfechtung	134
1. Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts	134
2. Rückabwicklung und Wertersatz	136
3. Schadensersatzpflicht des Anfechtenden	138
§ 21 Der Rücktritt vom Vertrag	140
I. Allgemeines	140
II. Voraussetzungen des Rücktritts	140
1. Gegenseitiger Vertrag	140
2. Pflichtverletzung	141
a) Rücktritt wegen Nichtleistung oder Schlechtleistung	141
aa) Fristsetzung	141
bb) Entbehrlichkeit der Fristsetzung	144
cc) Ausschluss des Rücktrittsrechts	146
b) Rücktritt wegen Unmöglichkeit der Leistung	146
c) Rücktritt wegen Verletzung einer Nebenpflicht	147
III. Rechtsfolgen des Rücktritts	147
1. Rückgewähr und Wertersatz	147
2. Nutzungersatz	148
IV. Rücktritt und Kündigung	149
§ 22 Das Widerrufsrecht des Verbrauchers	151
I. Allgemeines	151
II. Arten von Widerrufsrechten	153
1. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	153
2. Fernabsatzgeschäfte	154
3. Verbraucherkreditverträge	154
III. Ausschluss des Widerrufsrechts	155
IV. Ausübung des Widerrufsrechts	157
V. Rechtsfolgen des Widerrufs	158
§ 23 Die Unmöglichkeit der Leistung	161
I. Wegfall der Leistungspflicht	161
1. „Echte“ Unmöglichkeit	161
a) Physische Unmöglichkeit	161
aa) Stückschuld	161
bb) Gattungsschuld	162
(1) Holschuld	162
(2) Bringschuld	163
(3) Schickschuld	163
cc) Vorratsschuld	164

Inhalt

b) Rechtliche Unmöglichkeit	164
c) Formen der Unmöglichkeit	164
2. Faktische und persönliche Unmöglichkeit	165
3. Zweckerreichung und Zweckfortfall	166
4. Absolutes und relatives Fixgeschäft	167
II. Das rechtliche Schicksal der Gegenleistung	167
1. Grundsatz: Entfallen des Gegenleistungsanspruchs	167
2. Ausnahme 1: Verantwortlichkeit des Gläubigers	168
3. Ausnahme 2: Annahmeverzug des Gläubigers	168
4. Ausnahme 3: Ersatz oder Ersatzanspruch	169
5. Ausnahme 4: Besondere Gefahrtragungsregeln	170
Kontrollfragen und Fälle zum 3. Kapitel	172

4. KAPITEL: SCHADENSERSATZANSPRÜCHE IM VERTRAGSVERHÄLTNISS

§ 24 Allgemeines und besonderes Leistungsstörungsrecht	176
§ 25 Allgemeine Voraussetzungen des vertraglichen Schadensersatzanspruchs	177
I. Schuldverhältnis	177
II. Pflichtverletzung	178
III. Vertretenmüssen	179
§ 26 Zusätzliche Voraussetzungen: Mahnung und Fristsetzung	181
I. Der Verzögerungsschaden	181
1. Fällige Leistung	182
2. Mahnung	182
3. Entbehrlichkeit der Mahnung	183
4. Durchsetzbare Forderung	185
5. Umfang des Verzögerungsschadens	185
II. Schadensersatz statt der Leistung	186
1. Schadensersatz statt der Leistung wegen Nichtleistung oder Schlechtleistung	188
2. „Großer“ und „kleiner“ Schadensersatz	188
3. Schadensersatz statt der Leistung bei Unmöglichkeit	189
Kontrollfragen und Fälle zum 4. Kapitel	191

5. KAPITEL: DAS MÄNGELGEWÄHRLEISTUNGSRECHT BEIM KAUFVERTRAG

§ 27 Die Anwendbarkeit des kaufrechtlichen Gewährleistungsrechts	193
I. Der Kaufvertrag und sonstige Vertragstypen	193
1. Die wesentlichen Bestandteile des Kaufvertrags	193
2. Exkurs: Andere wichtige Vertragstypen des Bürgerlichen Rechts	193
a) Tausch	193
b) Schenkung	194
c) Werkvertrag	195
d) Dienstvertrag	196

Inhalt

e) Miet- und Pachtvertrag	196
f) Finanzierungsleasing	197
II. Sachmangel	197
1. Beschaffensvereinbarung und vereinbarter Verwendungszweck	198
2. Gewöhnliche Verwendung und übliche Beschaffenheit	200
3. Montagemangel, Falschlieferung und Zuwenig-Lieferung	202
III. Maßgebender Zeitpunkt: Gefahrübergang	202
IV. Darlegungs- und Beweislast	203
V. Rechtsmangel	205
§ 28 Die Rechte des Käufers	206
I. Nacherfüllung	206
1. Der Vorrang der Nacherfüllung	206
2. Inhalt der Nacherfüllung	207
3. Ort der Nacherfüllung	208
4. Rückgabe und Nutzungsersatz	210
5. Einschränkungen des Nacherfüllungsanspruchs	210
II. Rücktritt und Schadensersatz	212
III. Minderung	218
IV. Verkäuferregress	218
§ 29 Der Ausschluss der Mängelhaftung	220
I. Kenntnis des Mangels	220
II. Gewährleistungsausschluss	220
Kontrollfragen und Fälle zum 5. Kapitel	223
<hr/>	
6. KAPITEL: ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN	
<hr/>	
§ 30 Bedeutung und Zweck von AGB	226
§ 31 Voraussetzungen für AGB	228
I. Vorformulierte Vertragsbedingungen	228
II. Das „Stellen“ von AGB	228
§ 32 Einbeziehung von AGB in den Vertrag	230
I. Voraussetzungen der Einbeziehung	230
1. Unternehmerischer Rechtsverkehr	230
2. Verbraucherverträge	230
3. Besondere Fälle	231
II. Der Vorrang der Individualabrede	231
III. Das Verbot überraschender Klauseln	233
§ 33 Die Wirksamkeit von AGB	234
I. Inhaltsbestimmung	234
II. Kontrollfähige Klauseln	235
III. Inhaltskontrolle	236
1. Spezielle Klauselverbote	236
2. Unangemessene Benachteiligung	237

Inhalt

IV. Überblick über einige praxisrelevante Klauseln	239
1. Abkürzung der Verjährung	239
2. Ausschlussfristen	240
3. Eigentumsvorbehalt	240
4. Gerichtsstandsvereinbarungen	240
5. Gewährleistungsausschluss	241
6. Rücktrittsvorbehalt	242
7. Schweigen als Zustimmung	242
§ 34 Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit von AGB	243
Kontrollfragen und Fälle zum 6. Kapitel	245
7. KAPITEL: SCHADENSERSATZANSPRÜCHE AUSSERHALB VERTRAGLICHER BEZIEHUNGEN	
§ 35 Der Schadensersatzanspruch nach § 823 Abs. 1 BGB	246
I. Rechtsgutsverletzung	246
1. Körperliche Integrität, Leben, Freiheit	246
2. Eigentum	247
3. „Sonstige Rechte“: Persönlichkeitsrecht und Gewerbeschutz	248
a) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	248
b) Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	248
4. Kein Ersatz reiner Vermögensschäden	249
II. Rechtswidrigkeit	250
III. Verschulden	251
IV. Kausalität	251
V. Sonderproblem: Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht	252
§ 36 Der Schadensersatzanspruch nach § 831 Abs. 1 BGB	253
§ 37 Produkthaftung und Produzentenhaftung	254
I. Die Produkthaftung	254
II. Die Produzentenhaftung	255
§ 38 Sonstige Schadensersatzansprüche	257
I. Die Verletzung eines Schutzgesetzes	257
II. Die sittenwidrige Schädigung	257
III. Spezialgesetze	257
Kontrollfragen und Fälle zum 7. Kapitel	258
8. KAPITEL: INHALT UND UMFANG DES SCHADENSERSATZES	
§ 39 Grundlagen	259
§ 40 Vermögensschäden und immaterielle Schäden	261

Inhalt

§ 41 Die Berechnung des Vermögensschadens	262
I. Differenzhypothese	262
II. Der entgangene Gewinn	264
III. Kausalität	264
IV. Mitverschulden des Geschädigten	265
V. Sonderfall: Aufwendungsersatz	266
Kontrollfragen und Fälle zum 8. Kapitel	267

9. KAPITEL: VERJÄHRUNG UND VERWIRKUNG

§ 42 Die Verjährung	268
I. Begriff und Zweck	268
II. Rechtsnatur	268
III. Die Länge der Verjährungsfrist	268
1. Regelmäßige Verjährungsfrist	268
2. Besondere Verjährungsfristen	269
IV. Hemmung und Neubeginn der Verjährungsfrist	270
§ 43 Die Verwirkung	271
Kontrollfragen und Fälle zum 9. Kapitel	272

10. KAPITEL: EIGENTUMSÜBERTRAGUNG UND FORDERUNGSABTRETUNG

§ 44 Einführung in das Sachenrecht	273
I. Sachen und Rechte	273
II. Das Eigentum	274
III. Der Besitz	275
§ 45 Die rechtsgeschäftliche Übertragung des Eigentums	276
I. Die Übereignung beweglicher Sachen	276
1. Voraussetzungen	276
a) Einigung über den Eigentumsübergang	276
b) Übergabe	276
c) Berechtigung	277
2. Gutgläubiger Erwerb	277
a) Grundsatz	277
b) Ausschluss bei Bösgläubigkeit	277
c) Ausschluss bei abhandengekommenen Sachen	279
3. Einfacher Eigentumsvorbehalt	279
4. Erweiterter Eigentumsvorbehalt	280
II. Die Übereignung unbeweglicher Sachen	280
§ 46 Der gesetzliche Eigentumserwerb	282
§ 47 Die Abtretung von Forderungen	284
Kontrollfragen und Fälle zum 10. Kapitel	286

Inhalt

11. KAPITEL: DARLEHEN UND SICHERHEITEN

§ 48 Der Darlehensvertrag	287
I. Vertragsinhalt	287
II. Der Anspruch auf Rückzahlung des Darlehens	287
1. Tilgungsplan und ordentliche Kündigung	287
2. Außerordentliche Kündigung	288
III. Sittenwidriger Darlehensvertrag	289
IV. Besonderheiten beim Verbraucherdarlehensvertrag	290
1. Informationspflichten und Schriftformgebot	290
2. Widerrufsrecht	290
3. Einschränkung des Kündigungsrechts	291
4. Recht zur vorzeitigen Darlehensrückzahlung	292
§ 49 Kreditsicherheiten im Überblick	293
§ 50 Der Bürgschaftsvertrag	294
I. Inhalt und Vertragsparteien	294
II. Abschluss des Bürgschaftsvertrags	294
1. Schriftliche Erteilung der Bürgschaftserklärung	294
2. Widerrufsrecht	296
3. Sittenwidrigkeit	296
III. Umfang der Bürgschaftsschuld	298
IV. Regressanspruch des Bürgen	300
§ 51 Der Schuldbeitritt	301
§ 52 Verlängerter Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübereignung	303
§ 53 Grundschuld und Hypothek	305
I. Die Grundschuld	305
II. Die Hypothek	305
Kontrollfragen und Fälle zum 11. Kapitel	306

12. KAPITEL: BESONDERHEITEN IM KAUFMÄNNISCHEN RECHTSVERKEHR

§ 54 Anwendbarkeit des Handelsrechts und Kaufmannsbegriff	308
§ 55 Das kaufmännische Bestätigungsschreiben	311
I. Grundlagen, Herleitung und Zweck	311
II. Voraussetzungen	312
1. Persönlicher Anwendungsbereich	312
2. Vorangegangene Vertragsverhandlungen	312
3. Unmittelbarer zeitlicher Zusammenhang mit Vertragsverhandlungen	312
4. Wiedergabe des wesentlichen Vertragsinhalts	313
5. Redlichkeit und Schutzwürdigkeit des Bestätigenden	313
6. Kein unverzüglicher Widerspruch des Empfängers	314

Inhalt

III. Rechtsfolgen	314
1. Deklaratorische Wirkung	315
2. Konstitutive Wirkung	315
IV. Fallgruppen	315
1. Heilung von Mängeln beim Vertragsschluss	315
2. Inhaltliche Abweichungen von Vertrag und Bestätigungsschreiben	316
3. Handeln eines Vertreters ohne Vertretungsmacht	316
4. Sich widersprechende AGB	317
§ 56 Besondere Formen der Stellvertretung im Handelsrecht	319
§ 57 Die kaufmännische Rügeobliegenheit	321
§ 58 Der Fixhandelskauf	324
Kontrollfragen und Fälle zum 12. Kapitel	326
Lösungen zu den Kontrollfragen und Fällen	327
Stichwortverzeichnis	379